

27.11.2019

**Energiearmut muss besser messbar werden
Gut 89.000 Stromsperren in NRW sind allein nicht aussagekräftig**

VZ NRW Knapp 330.000 Strom- und Gassperren aufgrund unbezahlter Rechnungen gab es 2018 in Deutschland. Angedroht wurden Energiesperren sogar in 6,1 Millionen Fällen. Das meldet die Bundesnetzagentur heute in ihrem jährlichen Monitoringbericht. Im Strombereich entfielen dabei gut 89.000 der rund 296.000 Sperren auf NRW. Das sind zwar rund 9 Prozent weniger als 2017, bundesweit beträgt der Rückgang etwa 10 Prozent. Die Zahl der Androhungen aber ist bundesweit im Vergleich zum Vorjahr um circa 2 Prozent gestiegen, für NRW liegt dazu kein Wert vor. Somit bleibt die sogenannte Energiearmut nach Einschätzung der Verbraucherschützer ein großes Problem. „Für einen wirksamen Kampf gegen Energiearmut benötigen wir mehr Daten zu den Betroffenen, als in Deutschland derzeit aufbereitet werden“, sagt Stephanie Kosbab, Leiterin des Projekts „NRW bekämpft Energiearmut“. Deshalb fordert die Verbraucherzentrale NRW eine umfassendere Datenerfassung und -analyse zur Energiearmut. Nach Auffassung der Verbraucherschützer setzt Deutschland auch entsprechende Vorgaben der EU bislang noch nicht um.

Der leichte Rückgang der Stromsperren sei grundsätzlich erfreulich, betont Kosbab. Aber: „Die Zahlen der vollzogenen und angedrohten Strom- und Gassperren reichen bei Weitem nicht, um die Breite des Problems Energiearmut zu erfassen“, so Kosbab. „Energiearm ist schließlich auch, wer die Sperre vermeidet, indem er aus Angst vor der nächsten Rechnung ganz aufs Heizen verzichtet.“

Vor diesem Hintergrund fordert auch die EU, dass alle Mitgliedsstaaten Kriterien festlegen, mit denen sie Ausprägung von Energiearmut messen und die Gesamtzahl aller betroffenen Menschen feststellen. Auf Basis dieser Erkenntnisse sollen dann wirkungsvolle Maßnahmen zur langfristigen Minimierung von Energiearmut etabliert werden.

„Viele der benötigten Daten werden bereits erhoben, beispielsweise in der Sozialberichterstattung des Bundes und der Länder“, erläutert Kosbab. „Sie werden aber bislang nicht zusammengeführt und mit

Mintropstraße 27
40215 Düsseldorf

Tel. (0211) 38 09-101
Fax (0211) 38 09-216

presse@verbraucherzentrale.nrw
www.verbraucherzentrale.nrw

Blick auf ihren Einfluss auf die Energiearmut ausgewertet.“ Relevant seien vor allem regional differenzierbare Daten wie zum Beispiel die Höhe der Warmmiete, der Sanierungszustand von Wohngebäuden, die Strompreise, das Haushaltseinkommen, der Erwerbsstatus Betroffener oder die Haushaltsstruktur.

„Wir fordern die Bundesregierung auf, Daten wie diese gezielt zur Betrachtung von Energiearmut aufbereiten zu lassen“, sagt Kosbab. „Damit könnten wir Energiearmut genauer identifizieren und den Menschen passgenauer helfen.“

Mehr Forderungen der Verbraucherzentrale NRW zur Bekämpfung von Energiearmut gibt es unter

www.verbraucherzentrale.nrw/handlungsbedarf.

Zum Projekt:

Das Projekt „NRW bekämpft Energiearmut“ berät Menschen mit Zahlungsprobleme bei der Energierechnung und drohenden oder vollzogenen Energiesperren. Finanziert wird es durch das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen und die örtlichen Energieversorgungsunternehmen in Aachen, Alsdorf, Bochum, Dortmund, Duisburg, Gelsenkirchen/Bottrop, Hamm, Köln, Krefeld, Witten und Wuppertal.

Ansprechpartnerin für Redaktionen:

Stephanie Kosbab

Tel. (0211) 38 09-387

stephanie.kosbab@verbraucherzentrale.nrw

Mintropstraße 27

40215 Düsseldorf

Tel. (0211) 38 09-101

Fax (0211) 38 09-216

presse@verbraucherzentrale.nrw

www.verbraucherzentrale.nrw